

STEUER- UND WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN

der landwirtschaftlichen Buchstellen

Heft 2/2021

91. Jahrgang
ISSN 0178-9910

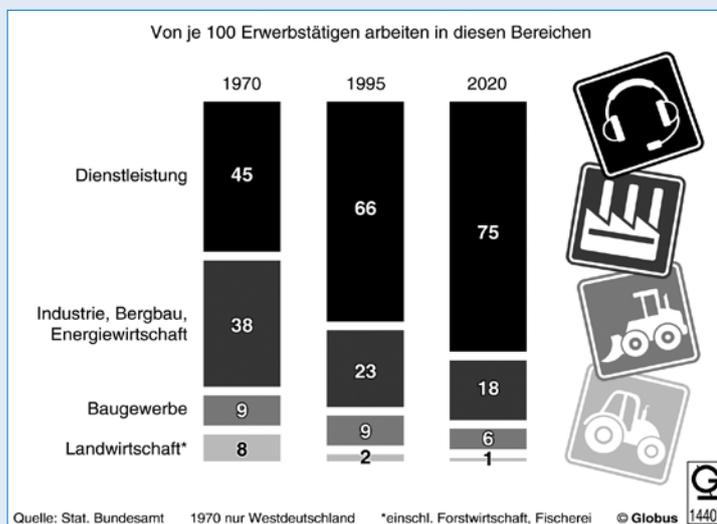
STEUER- UND WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN

Inhalt	Seite
Wandel in der Arbeitswelt	1
BMF: Abschreibung angeschaffter Hard- und Software im Jahr des Kaufs.....	2
Jahressteuergesetz 2020: Anwendung der neuen IAB-Regeln im Bereich LuF	2
Mehrfamilienhaus: GbR-Büro im Wohnhaus der Gesellschafter	3
Arbeitszimmer: Private Nutzung gefährdet den Betriebs-/Werbungskostenabzug	4
Umsatzsteuer auf vom Hotel angebotene Zusatzleistungen	5
Private Verkäufe über einen gewerblichen (eBay-)Internetshop?	6
Corona-Pandemie: Herabsetzung der Gewerbesteuer-Vorauszahlungen möglich	7
Kfz-Steuer: Befreiung einer für Waldarbeiten genutzten Zugmaschine.....	7
Kleinunternehmer-Regelung: Freiwilliger Verzicht endet erst mit Widerruf.....	8
Vermieter optiert zur Umsatzsteuer: Nebenkosten ebenfalls steuerpflichtig?.....	9
Buchwertansatz bei Veräußerung eines Mitunternehmeranteils?.....	10
Grundbesitzwerte für kurz nach dem Erbanfall verkaufte LuF-Flächen	11

Wandel in der Arbeitswelt

Ein Industrieland im klassischen Sinne ist Deutschland schon lange nicht mehr. Der Trend geht in Richtung Dienstleistungsgesellschaft, denn inzwischen arbeiten 75 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor. Dieser Bereich umfasst Handel, Banken und Versicherungen, aber auch die Gastronomie, Friseure und Paketzustelldienste, um nur einige der Branchen zu nennen, die Dienstleistungen für Verbraucher und Unternehmen anbieten. Service-Unternehmen sind arbeitsintensiv, deshalb sehen Experten in diesem Bereich das größte Job-Potenzial.

Industrielle Arbeitsplätze verlieren demgegenüber an Gewicht. Von 1970 bis heute sank der Anteil des produzierenden Gewerbes (Industrie, Bergbau, Energiewirtschaft)



von 38 % auf 18 %. Und auch in der Landwirtschaft gibt es immer weniger Jobs, denn die erheblich gestiegene Produktivität, beispielsweise durch den vermehrten Einsatz von Maschinen, macht es möglich, dass immer weniger Bauern die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen.

Statistisches Bundesamt



Anschaffung von IT-Hard- und Software steuerlich attraktiver

BMF-Schreiben regelt Details

Auch Arbeitnehmer profitieren von neuen Regeln

IAB: höherer Anteil der Anschaffungskosten begünstigt

LuF-Betriebe können Altregelung länger nutzen



BMF: Vollständige Abschreibung angeschaffter Hard- und Software im Jahr des Kaufs

Im Januar 2021 entschied die Bundesregierung, den Abschreibungszeitraum von Computerhardware und -software zu verkürzen, um zusätzliche steuerliche Anreize für die Anschaffung solcher materiellen und immateriellen Wirtschaftsgüter zu schaffen und die mit dem Kauf einhergehende wirtschaftliche Belastung zu verringern.

Innerhalb weniger Wochen stampfte das BMF ein Anwendungsschreiben aus dem Boden, das die steuerlichen Details regelt und festlegt, welche Wirtschaftsgüter von der Verkürzung des Abschreibungszeitraums profitieren (BMF-Schreiben vom 26.2.2021, IV C 3 – S 2190/21/10002:013).

Das BMF-Schreiben stellt klar: Bestimmte Hard- und Software (zum Beispiel Desktop-Computer, Notebooks, mobile Workstations, Dockingstations sowie Peripheriegeräte) kann bereits im Jahr der Anschaffung voll-

ständig abgeschrieben werden. Eine solche kurze Abschreibungsdauer war bis dahin nur bei gebraucht erworbenen Wirtschaftsgütern mit einer sehr kurzen betrieblichen Restnutzungsdauer oder bei der Anschaffung sogenannter geringwertiger Wirtschaftsgüter (GWG) möglich.

Die neuen Regeln gelten für Gewinnermittlungen, die nach dem 31.12.2020 enden. Wurde ein begünstigtes Wirtschaftsgut bereits vor dem 1.1.2021 angeschafft und bis Ende 2020 noch nicht vollständig abgeschrieben, kann die Abschreibung des Restbuchwertes im Jahr 2021 erfolgen.

Die neue Sofortabschreibung gilt auch für Überschusseinkünfte. Damit profitieren von den neuen Regeln auch Arbeitnehmer, die sich auf eigene Kosten Hard- oder Software für ihre Arbeit im Home-Office angeschafft haben. ■■



Jahressteuergesetz 2020: Anwendung der neuen IAB-Regeln in der Land- und Forstwirtschaft

Die nach § 7g EStG begünstigten Investitionskosten sind durch das Jahressteuergesetz 2020 auf 50 % der voraussichtlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten für bewegliche Wirtschaftsgüter angehoben worden. Für alle Einkunftsarten existiert nun eine einheitliche Gewinngrenze von 200.000 € als Voraussetzung für die Inanspruchnahme eines Investitionsabzugsbetrags (IAB).

Die IAB-Neuregelung gilt für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.2019 enden. Bei Einkünften aus LuF kann die Neuregelung also erstmals am Schluss des Wirtschaftsjahres 2019/2020, das heißt in der Bilanz zum 30.6.2020 angewendet werden. Daraus folgt aber auch, dass die Bezugsgröße des Wirtschaftswerts/Ersatzwirtschaftswerts als zusätzliches Betriebsgrößenmerkmal nicht mehr gilt und die Vorteile der Neuregelung nur von Betrieben in Anspruch genommen

werden können, die die Gewinngrenze von 200.000 € zu diesem Bilanzstichtag nicht überschreiten.

Den Nachteil des Wegfalls des Wirtschaftswerts/Ersatzwirtschaftswerts als Betriebsgrößenmerkmal gleicht der Gesetzgeber aus, indem er den LuF-Betrieben die Möglichkeit einräumt, die Neuregelung erst zeitverzögert, nämlich spätestens für Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem 17.7.2020 enden, sodass die „Altregelung“ unter Berücksichtigung des Wirtschaftswerts/Ersatzwirtschaftswerts als Betriebsgrößenmerkmal bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 2019/2020 anwendbar bleibt und noch in der Bilanz zum 30.6.2020 in Anspruch genommen werden kann. Dabei ist zu beachten, dass auch in diesem Fall der Abzug von bis zu 50 % der voraussichtlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten möglich ist. ■■



Mehrfamilienhaus: GbR-Büro im Wohnhaus der Gesellschafter

Die Frage, ob ein Arbeitszimmer in den privaten Wohnbereich und damit die häusliche Sphäre eines Steuerpflichtigen eingebunden ist, hat angesichts der Abzugsbeschränkungen des § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b Satz 1 EStG große Bedeutung. Denn sprechen die örtlichen Bedingungen für eine Einbindung, ist der Ausgabenabzug gewöhnlich auf maximal 1.250 € pro Jahr beschränkt.

Der BFH musste sich in einem AdV-Verfahren mit der Frage befassen, ob das von einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) für Büro Zwecke genutzte Dachgeschoss eines Mehrfamilienhauses in das häusliche Wohnumfeld der beiden GbR-Gesellschafter eingebunden ist, denen das Haus je zur Hälfte gehörte und von denen jeder eine der beiden darunter liegenden Etagen bewohnte (Beschluss vom 8.10.2020, VIII B 59/20).

Das Finanzamt ging von einer Einbindung in das private Wohnumfeld der Gesellschafter aus und schränkte den Ausgabenabzug daher ein. Dagegen klagte die GbR zunächst vor dem FG Berlin-Brandenburg und mangels Erfolg im Anschluss daran vor dem BFH.

Im Rahmen des dem Revisionsverfahren vorgeschalteten AdV-Verfahrens, in dem es um die Aussetzung der Zahlung der Steuernachforderung bis zur abschließenden Klärung des Sachverhalts durch den BFH ging, machte das Gericht bereits eindeutige Aussagen zur Einbindung der Büroetage in das private Wohnumfeld.

An einer Einbindung beruflich/betrieblich genutzter Räume in die häusliche Sphäre fehlt es in der Regel, wenn ein Steuerpflichtiger in einem Mehrfamilienhaus zusätzlich zu seiner privaten Wohnung eine zweite Wohnung vollständig als Arbeitszimmer nutzt, so der BFH. Das Gericht ergänzte: Ausnahmsweise kann sich die häusliche Sphäre der Privatwohnung jedoch auch auf die weitere, zu beruflichen Zwecken genutzte Wohnung erstrecken. Dies ist jedoch nur dann der Fall, wenn sich aufgrund beson-

derer Umstände im Einzelfall ein innerer (räumlicher) Zusammenhang zwischen den Wohnungen feststellen lässt.

Solche besonderen Umstände können zum Beispiel vorliegen, wenn zwei in einem Mehrfamilienhaus liegende Wohnungen unmittelbar aneinander angrenzen. Denn dadurch kann die tatsächliche Nutzung der Räumlichkeiten für außenstehende Personen nicht erkennbar sein.

Durchbrochen wird die häusliche Sphäre regelmäßig, wenn der Zugang zu den Wohnungen nur durch ein allgemein zugängliches Treppenhaus möglich ist. Liegen die Wohnungen auf verschiedenen Stockwerken, spricht das noch stärker für die räumliche Trennung des privaten und beruflichen Bereichs.

Eine solche Raumkonstellation war im Streitfall gegeben, denn um aus den Wohnbereichen in der 1. und 2. Etage zu den im Dachgeschoss gelegenen Büroräumen der GbR zu gelangen, musste das Treppenhaus durchquert werden. Zudem gab es für die Wohnungen und das Dachgeschoss separate Klingeln an der Hauseingangstür sowie getrennte Briefkästen. Die räumlichen Gegebenheiten sprechen damit gegen ein häusliches Arbeitszimmer im obersten Stockwerk.

Interessant an den sachlichen Feststellungen des BFH im Rahmen des AdV-Verfahrens ist auch Folgendes: Bereits das gemeinsame Nutzungsrecht der GbR-Gesellschafter, die nicht miteinander verwandt waren, an den Dachgeschossräumen spricht gegen eine Einbindung in ein häusliches Wohnumfeld. Denn infolgedessen muss jeder Gesellschafter quasi jederzeit mit der Nutzung der Räume durch den anderen Gesellschafter rechnen. Das spricht gegen die Einbindung der Büroräume in einen privaten Wohnbereich. Aufgrund dieser Feststellungen stimmte der BFH letztlich der beantragten Aussetzung der Vollziehung zu. ■■

Einbindung von Arbeitsräumen in das Wohnumfeld

MFH wird von Gesellschaftern zum Wohnen und Arbeiten genutzt

Wohnräume sind von Arbeitsräumen getrennt

Gemeinsame Nutzung der Gesellschafter

*Einrichtung und
Nutzung des
Arbeitsraumes*

*Arbeitszimmer für
Vermietungstätigkeit
erforderlich*

*Aufbewahrung
privater Gegenstände
im Arbeitsraum*

*Unwesentliche
private Nutzung
nicht nachgewiesen*

Arbeitszimmer: Private Nutzung gefährdet den Betriebs-/Werbungskostenabzug

Auch weiterhin haben sich die Finanzgerichte mit der Frage auseinanderzusetzen, welche Voraussetzungen ein häusliches Arbeitszimmer zu erfüllen hat, um steuerlich anerkannt zu werden. Zentrale Kriterien sind diesbezüglich die Einrichtung und Nutzung des jeweiligen Raumes.

Einer Entscheidung des Finanzgerichts Münster lag folgender Sachverhalt zugrunde: Die verheirateten Kläger erzielten sowohl Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit als auch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. In ihren Einkommensteuererklärungen für die Jahre 2014 und 2015 setzten die Eheleute unter anderem Ausgaben für ein häusliches Arbeitszimmer als Werbungskosten an. Bei dem Arbeitszimmer handelte es sich um einen Kellerraum im Wohnhaus des Ehepaares, den diese angabegemäß zu 95 %, und damit nahezu ausschließlich für Arbeiten im Rahmen ihrer Vermietungstätigkeit nutzten.

Das Finanzamt lehnte den geltend gemachten Werbungskostenabzug allerdings ab, und zwar zunächst mit der Begründung, die Eheleute benötigten kein Arbeitszimmer für ihre Vermietungstätigkeit.

Nachdem das Ehepaar Einspruch gegen die Entscheidung des Finanzamtes eingelegt hatte, kam es zu einer Objektbesichtigung und dabei auch zu Fotoaufnahmen des Kellerraums. Auf den Fotos waren zahlreiche Bücher, Ordner und Gegenstände zu erkennen, die in Schränken und Regalen gelagert wurden und die sich nicht mit der Vermietungstätigkeit in Verbindung bringen ließen. Das veranlasste das Finanzamt zum Umschwenken: Statt weiter zu behaupten, der Raum würde von den Eheleuten nicht zur Einkunftserzielung benötigt, hieß es nun, er würde wegen der festgestellten Einrichtung nicht zu mindestens 90 % der Erzielung von Vermietungseinkünften dienen.

Auf Basis dieses Arguments wurde der Einspruch des Ehepaares gegen die Ablehnung

des Werbungskostenabzugs zurückgewiesen. Darauf erhob das Ehepaar Klage vor dem FG Münster.

Nach Prüfung des Sachverhalts schloss sich das Gericht der Argumentation des Finanzamtes an und stellte unter anderem fest: Ein sich im privaten Wohnumfeld befindlicher Raum, der durch seine Einrichtung mit Büromöbeln (insbesondere einem Schreibtisch) den Eindruck eines häuslichen Arbeitszimmers erweckt, müsse auch nachweislich nahezu ausschließlich zur Einkunftserzielung genutzt werden. Ein Zimmer, das zwar büromäßig eingerichtet ist, aber in nennenswertem Umfang neben der Verrichtung von (Büro-)Arbeiten auch anderen Zwecken dient, etwa als Spiel-, Gäste- oder Bügelzimmer, sei bereits nach dem allgemeinen Wortverständnis kein Arbeitszimmer. Und genau von einem solchen „arbeitszimmerschädlichen“ anderen Nutzungszweck ging das Gericht im Streitfall aus, da die vorliegenden Fotos in erheblichem Umfang private Gegenstände erkennen ließen, die im Raum aufbewahrt wurden und sich nicht mit der Vermietungstätigkeit in Verbindung bringen ließen. Letztlich bekräftigte das FG Münster das steuerliche Abzugsverbot (Urteil vom 16.9.2020, 13 K 94/18 E).

In seinem Urteil setzte sich das FG Münster auch mit der 10-prozentigen „Unschädlichkeitsgrenze“ auseinander. Danach schließt die private Nutzung eines Arbeitszimmers den Abzug von Betriebsausgaben oder Werbungskosten nicht aus, solange die anderweitige Verwendung nicht 10 % übersteigt. Eine solche nur unwesentliche Nutzung des Arbeitszimmers für private Zwecke sah das Gericht aber als nicht erwiesen an, zumal der Zeitfaktor bei der Festlegung des Nutzungsverhältnisses keine Rolle spielt und auch die Verteilung der Raumfläche auf die verschiedenen Nutzungsarten nicht schlüssig dargelegt werden konnte.

Gegen die Nichtzulassung zur Revision wurde Beschwerde eingelegt (IX B 65/20). ■■



Umsatzsteuer auf vom Hotel angebotene Zusatzleistungen

In einem Rechtsstreit vor dem Sächsischen Finanzgericht ging es um die Frage, wie die von einem Hotel zusammen mit Übernachtungsleistungen angebotenen Zusatzleistungen „Frühstück“ und „Parkplatzüberlassung“ umsatzsteuerlich zu behandeln sind (Urteil vom 23.9.2020, 2 K 352/20).

Die Ausgangssituation: Die Klägerin betrieb ein Hotel mit Restaurant. Die Hotelgäste konnten die Übernachtungsleistung mit einem Frühstück kombinieren, das dann nicht separat berechnet wurde. Im Falle des Verzichts auf das Frühstück erhielt der Hotelgast eine Erstattung vom Hotel. Darüber hinaus besaß das Hotel einen eigenen Parkplatz, den die Gäste ohne Zahlung einer zusätzlichen Gebühr nutzen konnten, sofern dort freier Platz vorhanden war. Seit Juni 2018 versteuerte die Klägerin ihre Übernachtungsleistungen (inklusive sämtlicher darin enthaltener Leistungen) mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 %.

Im Rahmen einer Umsatzsteuersonderprüfung gelangte das Finanzamt zu der Feststellung, dass sowohl die Leistung „Frühstück“ als auch die Leistung „Parkplatzüberlassung“ aufgrund der nationalen Umsatzsteuervorschriften mit dem Regelsteuersatz zu versteuern seien.

Die Klägerin vertrat dagegen die Meinung, dass die vom Finanzamt herangezogenen deutschen Umsatzsteuervorschriften nicht in Einklang mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) stünden, sodass diese nicht anzuwenden seien.

Nach Ansicht der Hotelbetreiberin handelt es sich bei dem angebotenen Frühstück und der Überlassung einer Parkmöglichkeit um Nebenleistungen der Hauptleistung „Übernachtung“. Aus diesem Grund müsse von einer einheitlichen (Gesamt-)Leistung ausgegangen werden, die insgesamt dem ermäßigten Umsatzsteuersatz zu unterwerfen sei. In diesem Zusammenhang verwies die Klägerin auf die Rechtsprechung des EuGH,

wonach eine einheitliche wirtschaftliche Leistung im Interesse eines funktionierenden Mehrwertsteuersystems nicht künstlich aufgespalten werden dürfe.

Das FG sah dies anders: Wenn die Gäste eines Hotels die Wahl haben, eine Übernachtung mit oder ohne Frühstück zu buchen, und bei Verzicht auf das Frühstück eine Erstattung erhalten, so stellt das Frühstück eine selbstständige Leistung dar, die dem Regelsteuersatz unterliegt.

Das Gericht ging sogar noch einen Schritt weiter und stellte fest: Selbst wenn das angebotene Frühstück nur eine unselbstständige Nebenleistung des Hotels zur Hauptleistung Zimmervermietung darstellen würde, unterläge es dem Regelsteuersatz. Denn das Aufteilungsgebot nach § 12 Abs. 2 Nr. 11 Satz 2 UStG ist – auch unter Berücksichtigung des EuGH-Urteils vom 18.1.2018, C-463/16, Stadion Amsterdam – mit den umsatzsteuerlichen Vorschriften auf EU-Ebene vereinbar.

Das Gericht führte weiter aus: Auch das Überlassen von Parkplätzen an Hotelgäste ist eine selbstständige Leistung, die dem Regelsteuersatz unterliegt. Muss der Hotelgast für die Parkplatzüberlassung kein gesondertes Entgelt entrichten, ist dessen Höhe zu schätzen.

In seiner Entscheidung wies das Gericht darauf hin, dass die Regelungen der EU-Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie nur ein Wahlrecht, aber keine Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Anwendung eines ermäßigten Steuersatzes festlegen. Die Steuerermäßigung kann von den einzelnen Mitgliedstaaten auf alle, einige oder auch auf gar keine Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen angewendet werden.

Das Sächsische FG hat die Revision zum BFH zugelassen, da es zu den unterschiedlichen Rechtsfragen noch kein höchstrichterliches Urteil gibt (XI R 34/20). ■■

Übernachtungspreis inklusive Frühstück und Parken

Alle Leistungen wurden ermäßigt besteuert

Hotelbetreiberin beruft sich auf EU-Recht

Finanzgericht geht von selbstständigen Leistungen aus

Regelsteuersatz auf Frühstück und Parken anzuwenden

*Private Verkäufe
über Internetshop
möglich?*

*Mehrere Hundert
Verkäufe innerhalb
von drei Jahren*

*Auflösung einer
privaten Sammlung*

*Finanzamt und FG
unterstellen
Betriebseinnahmen*

*BFH verweist
Rechtsstreit zurück
an Vorinstanz*

Private Verkäufe über einen gewerblichen (eBay-)Internetshop?

Kann ein Gewerbetreibender Gegenstände über seinen (eBay-)Internetshop verkaufen, ohne dass die Verkaufserlöse dem gewerblichen Bereich zugeordnet und somit als Betriebseinnahmen behandelt werden? Genau um diese Frage ging es in einem Revisionsverfahren vor dem BFH (Urteil vom 17.6.2020, X R 18/19).

Die Ausgangssituation im Urteilsfall: Ein Händler veräußerte über seinen Internetshop Modelleisenbahnen und Zubehörartikel. Es kam zu einer Umsatzsteuer-Sonderprüfung des Finanzamtes. Der Betriebsprüfer stellte fest, dass etwa 1.500 der im Zeitraum 2010 bis 2012 über die Internetplattform eBay abgewickelten Verkäufe nicht in der Gewinnermittlung des Gewerbetreibenden erfasst wurden. Nach Aussage des Unternehmers handelte es sich bei den veräußerten (und steuerlich daher außen vor gelassenen) Wirtschaftsgütern um Gegenstände, die zu einer über die Jahre aufgebauten Privatsammlung gehörten und daher nicht mit Veräußerungsabsicht erworben wurden. Zur Finanzierung des im Jahr 2010 eröffneten Internetshops musste die Sammlung verkauft werden.

Das Finanzamt ging von einem unmittelbaren Zusammenhang der Verkäufe mit der gewerblichen Tätigkeit des Klägers aus und pochte daher auf Betriebseinnahmen. Da der Verkäufer aber auf nicht steuerpflichtige private Veräußerungsgeschäfte beharrte, kam es zu einem Rechtsstreit vor dem FG Rheinland-Pfalz. Das Gericht wies die Klage des Händlers gegen die vom Finanzamt geänderten Steuerbescheide zurück; es ordnete die Verkäufe demnach der gewerblichen Tätigkeit des Steuerpflichtigen zu.

Im sich daran anschließenden Revisionsverfahren vertrat der Verkäufer weiterhin die Position, er habe private Sammlerstücke veräußert und dieser Vorgang sei von seiner sonstigen (gewerblichen) Verkaufstätigkeit abzugrenzen. Für diese Sichtweise zeigte der BFH Verständnis, sah die Revision daher

als begründet an und wies den Rechtsstreit zwecks weiterer Tatsachenfeststellung an die Vorinstanz zurück. Dort müsse, so der BFH, überprüft werden, ob der Kläger die über eBay verkauften Gegenstände tatsächlich für seine private Sammlung erworben hat. Erfolgte die Anschaffung nicht für den Gewerbebetrieb, müsse sodann geprüft werden, ob die private Sammlung über die Zeit eindeutig vom betrieblichen Bereich getrennt blieb. Sollte das nicht der Fall sein, wären die Gegenstände in den Betrieb überführt worden. In diesem Fall müsste der Einlagewert ermittelt werden.

Stellt sich letztlich heraus, dass die Modelleisenbahnen nicht Teil des Betriebsvermögens des Internethändlers geworden sind, muss noch der Frage nachgegangen werden, ob die vermeintlich private Verkaufstätigkeit für sich allein betrachtet als gewerblich anzusehen ist. Dies kann jedoch nicht allein aufgrund des langen Veräußerungszeitraums und der zahlreichen Verkäufe angenommen werden. Denn werden privat und ohne Veräußerungsabsicht angeschaffte Wirtschaftsgüter veräußert, kann dies auch dann der letzte Akt der privaten Vermögensverwaltung sein, wenn der Verkauf über einen langen Zeitraum und in zahlreichen Einzelakten ausgeführt wird, stellte der BFH fest. Auch der (private) Verkauf über eine von gewerblichen Händlern genutzte Internetplattform führt zu keinem anderen Ergebnis, ergänzte das Gericht.

Auf Grundlage des BFH-Urteils lässt sich Folgendes feststellen: Wer über eine Internetplattform wie eBay in größerem Umfang und über eine längere Zeit Verkäufe tätigt, erzielt dadurch nicht zwangsläufig Betriebseinnahmen. Die Verkaufstätigkeit kann auch Privatvergnügen sein. Entscheidend ist letztlich das Gesamtbild. Besondere Vorsicht ist dann geboten, wenn wie im Streitfall private und betriebliche Verkäufe parallel getätigt werden. In diesem Fall ist auf eine strikte Trennung zu achten, die von außen erkennbar sein muss. ■■



Corona-Pandemie: Herabsetzung der Gewerbesteuer-Vorauszahlungen möglich

Aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen des Corona-Virus haben sich die obersten Finanzbehörden der Länder mit Beschluss vom 25.1.2021 zum Thema (Neu-) Festsetzung des Gewerbesteuermessbetrags als Grundlage für die Gewerbesteuer-Vorauszahlungen geäußert.

Nach § 19 Abs. 3 Satz 3 GewStG kann das Finanzamt bei Kenntnis einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung, die sich voraussichtlich nachteilig auf die Höhe des Gewerbeertrags auswirkt, die ursprünglich festgelegten Gewerbesteuer-Vorauszahlungen anpassen. Das gilt insbesondere dann, wenn das Finanzamt bereits auf Antrag die Einkommensteuer- oder Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen angepasst hat.

Vor diesem Hintergrund können Steuerpflichtige, die aufgrund der Corona-Pandemie finanzielle Einbußen erlitten haben,

bis zum 31.12.2021 unter Darlegung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse Anträge auf Herabsetzung des für die Ermittlung der Vorauszahlungen heranzuziehenden Gewerbesteuermessbetrages stellen. An die Prüfung der Voraussetzungen für die Herabsetzung sind keine strengen Anforderungen zu stellen. Anträge sind nicht deshalb abzulehnen, weil die Steuerpflichtigen die entstandenen Schäden möglicherweise wertmäßig nicht im Einzelnen nachweisen können.

Setzt das Finanzamt den Gewerbesteuermessbetrag neu fest, ist die betreffende Gemeinde hieran bei der Festlegung der Gewerbesteuer-Vorauszahlungen gebunden.

Etwaige Stundungs- und Erlassanträge sind nur dann an das Finanzamt zu richten, wenn die Festsetzung und Erhebung der Gewerbesteuer nicht den Gemeinden übertragen wurde. ■■

Beschluss der Finanzbehörden der Länder

Anträge auf Herabsetzung unkompliziert



Kfz-Steuer: Befreiung einer für Waldarbeiten genutzten Zugmaschine

Kann eine Zugmaschine von der Kraftfahrzeugsteuer befreit werden? Sie kann, sofern sie unter die Regelung des § 3 Nr. 7 Buchst. a Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG) fällt.

Nach § 3 Nr. 7 Buchst. a KraftStG ist das Halten einer Zugmaschine von der Kraftfahrzeugsteuer befreit, sofern diese ausschließlich in einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb (im Sinne des Bewertungsrechts) eingesetzt wird. Von einer Forstwirtschaft ist auszugehen, wenn die Tätigkeit auf den planmäßigen Anbau und den Abschlag von Holz abzielt.

In einem Verfahren vor dem FG Baden-Württemberg ging es um die Steuerbefreiung einer Zugmaschine, die der Kläger ausschließlich für Holzarbeiten in seinem Wald nutzte (Urteil vom 24.6.2020 – 2 K 705/20). Der Wald war ca. 2 ha groß und diente dem

Kläger zur Gewinnung von Brennholz für den Eigenbedarf. Der Baumbestand umfasste zunächst nur Kiefern und Fichten. Durch das Pflanzen von rund 1.500 Laubbäumen versuchte der Waldbesitzer seit einigen Jahren, den Laubwald-Bestand zu erhöhen.

Das Zollamt lehnte eine Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer ab, weil die erwirtschafteten Erzeugnisse nur für den Eigenbedarf bestimmt waren und keine Holzverkäufe nachgewiesen werden konnten.

Das FG gab der gegen diese Entscheidung gerichteten Klage statt, sprach sich also für die Steuerbefreiung aus. Denn wenn eine Waldfläche größtenteils in verwahrlostem Zustand als Nadelwald erworben und über Jahre durch Anpflanzen von Laubbäumen zu einem Mischwald aufgeforstet wird, kann von der Existenz eines forstwirtschaftlichen Betriebs ausgegangen werden. ■■

KraftStG regelt Steuerbefreiung

Ausschließlicher Einsatz im LuF-Bereich

Waldbesitzer erfüllt die Voraussetzungen

Folgen des Kleinunternehmer- Status

Lange Bindungsfrist bei freiwilligem Verzicht

Finanzamt geht von Widerruf des Verzichts aus

Gerichtliche Überprüfung der Nachforderung

Umsatzsteuerliche Kleinunternehmer-Regelung: Freiwilliger Verzicht endet erst mit Widerruf

Das Umsatzsteuergesetz sieht Erleichterungen für Unternehmer mit geringen steuerpflichtigen Umsätzen vor. Sind die Voraussetzungen für den Kleinunternehmer-Status im Sinne von § 19 UStG erfüllt, muss der Unternehmer keine Umsatzsteuer an das Finanzamt abführen. Im Gegenzug besteht allerdings auch kein Anspruch auf den Abzug von Vorsteuer.

Auf die Anwendung der sogenannten Kleinunternehmer-Regelung des Umsatzsteuergesetzes kann verzichtet werden. Wird der Verzicht erklärt, bleibt die Tür zum Kleinunternehmer-Status mindestens fünf Jahre verschlossen (Bindungsfrist). Auch nach Ablauf des Fünf-Jahre-Zeitraums endet der Verzicht auf die Inanspruchnahme der Kleinunternehmer-Regelung erst durch den Widerruf des ursprünglichen Verzichts.

In einem vor dem BFH ausgetragenen Rechtsstreit hatte ein Selbstständiger im Jahr der Gründung seines Unternehmens (2006) gemäß § 19 Abs. 2 Satz 1 UStG auf die Anwendung der Kleinunternehmer-Regelung verzichtet. Über zehn Jahre führte der Unternehmer Umsatzsteuer an das Finanzamt ab und reichte zusätzlich Umsatzsteuer-Jahreserklärungen ein. Die Bruttoumsätze des Unternehmers überstiegen nur in den Jahren 2011 und 2012 die Kleinunternehmer-Umsatzgrenze, die damals noch bei 17.500 € lag.

Im Jahr 2017 wendete der Unternehmer dann erstmals die Kleinunternehmer-Regelung an. In seinen Rechnungen verzichtete er fortan auf den Ausweis von Umsatzsteuer. Vorsteuer machte er nicht mehr geltend.

Allerdings stellte sich das Finanzamt quer. Für das Jahr 2017 erließ es einen Umsatzsteuerbescheid, in dem es Lieferungen und sonstige Leistungen in Höhe von rund 6.000 € berücksichtigte und Umsatzsteuer in Höhe von fast 1.150 € festsetzte. Denn das Finanzamt ging davon aus, dass der Selbstständige seinen Verzicht auf den

Kleinunternehmer-Status bereits in der Vergangenheit durch das zwischenzeitliche Überschreiten der Kleinunternehmer-Umsatzgrenze widerrufen und durch die Abgabe von Umsatzsteuererklärungen erneut seinen Verzicht erklärt hatte, wodurch eine weitere fünfjährige Bindungsfrist in Gang gesetzt wurde.

Das Finanzamt begründete seine Rechtsauffassung im Detail folgendermaßen: Da der Unternehmer in den Jahren 2011 und 2012 Bruttoumsätze erzielte, die über der Kleinunternehmer-Grenze von 17.500 € lagen, unterlag er in den Jahren 2012 und 2013 der Regelbesteuerung. Durch das Unterschreiten der Kleinunternehmer-Umsatzgrenze im Jahr 2013 ist der Selbstständige aus umsatzsteuerlicher Sicht dann im Folgejahr faktisch zum Kleinunternehmer geworden. Durch die Abgabe einer Umsatzsteuererklärung für das Jahr 2014, was aufgrund des Kleinunternehmer-Status nicht erforderlich gewesen wäre, erklärte der Unternehmer konkludent seinen Verzicht auf die Kleinunternehmer-Regelung. Nach § 19 Abs. 2 Satz 2 UStG löste das eine fünfjährige Bindungsfrist aus (2014 bis 2018). Infolgedessen, so die Argumentation des Finanzamtes, war ein Verzicht auf die Kleinunternehmer-Regelung nicht bereits mit Wirkung für das Jahr 2017 möglich.

Doch diese Ansicht teilten weder das FG Münster als Vorinstanz noch später der BFH im vom Finanzamt angestrebten Revisionsverfahren. Denn der im Jahr 2006 erklärte Verzicht auf die Inanspruchnahme der Kleinunternehmer-Regelung endet(e) nicht automatisch, sondern erst durch den ausdrücklichen Widerruf des Verzichts durch den Unternehmer. Und genau das geschah durch die erstmalige Anwendung der Kleinunternehmer-Regelung im Jahr 2017. Die ursprüngliche fünfjährige Bindungsfrist war zu diesem Zeitpunkt längst abgelaufen und eine neue (mangels vorausgegangenen Widerrufs) nicht in Gang gesetzt worden (Urteil vom 23.9.2020, XI R 34/19). ■■



Vermieter optiert zur Umsatzsteuer: Nebenkosten ebenfalls steuerpflichtig?

Einnahmen aus der Vermietung von Immobilien sind grundsätzlich von der Umsatzsteuer befreit. Der Vermieter kann allerdings auf die Steuerbefreiung verzichten, wenn der Mieter ein Unternehmer ist, dessen Umsätze zum Vorsteuerabzug berechtigen (Option zur Umsatzsteuerpflicht).

In einem vor dem BGH ausgetragenen Rechtsstreit ging es um die Frage, ob die Option zur Umsatzsteuer dazu führt, dass die vom Mieter zu tragenden Mietnebenkosten ebenfalls der Umsatzsteuer unterliegen (Urteil vom 30.9.2020, XII ZR 6/20).

Die Ausgangssituation im Streitfall: Die Klägerin vermietete an den Beklagten (= Unternehmer) eine Gewerbeimmobilie. Im Mietvertrag wurde ein monatlicher Mietzins in Höhe von 10.500€ zuzüglich der jeweils gültigen Umsatzsteuer festgelegt. Der Vertrag enthielt auch eine Regelung zu den Mietnebenkosten. Der Mieter hatte alle auf dem Grund- und Gebäudebesitz ruhenden öffentlichen und privaten Lasten einschließlich Grundsteuern sowie die mit der Immobilie zusammenhängenden Versicherungsprämien zu tragen. Betriebs- und Nebenkosten, die der Vermieterin von Dritten in Rechnung gestellt werden, kann diese dem Mieter weiter berechnen und sich erstatten lassen.

Auf Basis des Mietvertrags erstellte die Vermieterin eine Nebenkostenabrechnung über Grundbesitzabgaben und Versicherungskosten. Sämtliche Ausgaben unterwarf sie der Umsatzsteuer. Der Beklagte beglich die sich aus der Abrechnung ergebende Forderung ohne den Umsatzsteueranteil, da die Steuer seiner Auffassung nach nur für die Nettomiete, nicht aber für die Nebenkosten geschuldet sei.

Das zuständige Amtsgericht wies die auf Zahlung des Umsatzsteuerbetrags gerichtete Klage der Vermieterin ab. Mit dieser Entscheidung wollte sich die Immobilienbesitzerin aber nicht abfinden und zog vor

das Landgericht. Dort wurde der Sachverhalt rechtlich anders bewertet. Das Landgericht änderte das erstinstanzliche Urteil ab und verurteilte den Mieter zur Zahlung von Umsatzsteuer auf sämtliche Nebenkosten, und zwar unabhängig davon, ob diese der Vermieterin ohne oder mit Umsatzsteuer in Rechnung gestellt wurden.

Das Landgericht war der Meinung, dass zwar die Verpflichtung zur Zahlung von Umsatzsteuer im Mietvertrag nur explizit für die (Netto-)Miete selbst geregelt war – und damit nicht für die Nebenkosten. Hat der Vermieter allerdings zur Umsatzsteuer optiert, gelte die sodann eintretende Umsatzsteuerpflicht im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung auch für alle Nebenkosten. Denn die Nebenkosten sind nicht nur durchlaufende Posten, sondern eigener Aufwand des Vermieters und deren Umlage Teil der Gesamtmiete. Das Optieren zur Umsatzsteuer nur für einzelne unselbstständige Bestandteile der Vermietungsleistung oder für einzelne Nebenleistungen sei grundsätzlich nicht möglich, stellte das Landgericht fest.

Der Rechtsstreit war damit aber noch nicht beendet, denn der vor dem Landgericht unterlegene Mieter beantragte die Revision beim BGH. Das dafür aufgewandte Geld war allerdings schlecht investiert, denn der BGH hatte nichts am Urteil des Landgerichts zu beanstanden. Das Landgericht hatte den Mietvertrag rechtsfehlerfrei ausgelegt und war zu einem vertretbaren Auslegungsergebnis gelangt. Als Revisionsinstanz kann der BGH die rechtlichen Feststellungen der Vorinstanz nur darauf überprüfen, ob der Auslegungstoff vollständig berücksichtigt worden ist, ob gesetzliche Auslegungsregeln oder allgemein anerkannte Auslegungsgrundsätze, sonstige Erfahrungssätze oder die Denkgesetze verletzt wurden oder ob die Auslegung Verfahrensfehler beinhaltet. Zumal der BGH keine solchen Fehler erkennen konnte, blieb es bei der Pflicht zur Umsatzsteuerzahlung. ■■

*Option zur
Umsatzsteuerpflicht*

*Umsatzsteuer
auf Nebenkosten
strittig*

*Mietvertrag regelt
Nebenkosten, aber
nicht Umsatzsteuer*

*Mieter verweigert
USt-Zahlung*

Grundstück und GmbH-Anteile im SBV einer GbR

GbR als Besitzgesellschaft und GmbH als Betriebsgesellschaft

GbR-Gesellschafter überträgt sein SBV

Buchwertansatz bei Veräußerung eines Mitunternehmeranteils?

Der BFH musste sich mit der Frage auseinandersetzen, ob die Übertragung eines Miteigentumsanteils an einem Grundstück und einer GmbH-Beteiligung (in beiden Fällen Sonderbetriebsvermögen einer GbR) im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge zum Buchwert möglich ist, wenn taggleich eine funktional wesentliche Betriebsgrundlage, die ebenfalls zum Sonderbetriebsvermögen der GbR gehört, an Dritte verkauft wird (Urteil vom 10.9.2020, IV R 14/18).

Der Sachverhalt stellte sich folgendermaßen dar: Die Personen C und D waren Gesellschafter einer GbR (= Besitzgesellschaft). Im Sonderbetriebsvermögen der GbR befand sich ein Grundstück, das sich im Miteigentum der Gesellschafter C und D befand. Das Grundstück war an eine GmbH vermietet (= Betriebsgesellschaft), deren Gesellschafter auch die Personen C und D waren. Aus steuerlicher Sicht lag eine Betriebsaufspaltung vor. Die GmbH-Anteile von C und D waren ebenso Sonderbetriebsvermögen der GbR. Bei den Beteiligungen von C und D an der Betriebsgesellschaft handelte es sich um funktional wesentliche Betriebsgrundlagen.

Gesellschafter C übertrug im Rahmen der vorgenommenen Erbfolge sein Miteigentum an dem der GmbH zur Nutzung überlassenen Grundstück auf seinen Sohn F. Am gleichen Tag kam es auch zur Übertragung eines 30%igen Geschäftsanteils von C an der GmbH auf seinen Sohn F. Die übrigen Anteile von C an der Betriebsgesellschaft (= 25,2 %) wurden an den Mitgesellschafter D und dessen Bruder G verkauft.

Das Finanzamt setzte daraufhin einen Veräußerungsgewinn fest, der sich aus dem Verkauf der GmbH-Anteile an D und G sowie aus der Übertragung der weiteren GmbH-Anteile und des Miteigentumsanteils an dem Grundstück an F zusammensetzte, entschied sich also für die Besteuerung der stillen Reserven. Die Anwendung des § 6 Abs. 3 EStG (= Ansatz von Buchwerten) wurde abgelehnt, weil nicht der komplette

Mitunternehmeranteil von C auf F übertragen wurde. Der Einspruch gegen die Festsetzung des Veräußerungsgewinns blieb erfolglos. Aus diesem Grund kam es zur Klage vor dem FG Düsseldorf.

Das FG Düsseldorf sah C im Recht. Mit der unentgeltlichen Übertragung seines Miteigentumsanteils an dem Grundstück sowie seines Teilgeschäftsanteils an F hatte er die Voraussetzungen für die Anwendung von § 6 Abs. 3 EStG erfüllt, auch wenn es taggleich zur Veräußerung von Teilgeschäftsanteilen an D und G kam. In seiner Begründung verwies das Gericht unter anderem auf die Rechtsprechung des BFH, wonach der Ansatz des Buchwerts zulässig sei, wenn funktional wesentliche Betriebsgrundlagen des Sonderbetriebsvermögens vorher oder zeitgleich an Dritte übertragen würden.

Das Finanzamt beantragte die Revision, weil es von einer rechtsfehlerhaften Auslegung des § 6 Abs. 3 EStG durch das FG Düsseldorf ausging. Die Revision hatte Erfolg. Der BFH hob das FG-Urteil auf und verwies die Rechtssache zurück an die Vorinstanz, damit dort der genaue Zeitpunkt des Übergangs der Teilgeschäftsanteile auf D und G festgestellt wird.

Im konkreten Fall kommt es nach Ansicht des BFH nämlich auf den exakten Zeitpunkt der Übertragung an. Und erforderlich sei nicht etwa eine zeitraumbezogene, sondern stattdessen eine zeitpunktbezogene Betrachtung. Letztlich müsse streng auf die zeitliche Reihenfolge der Übertragungsgeschäfte abgestellt werden. Das taggleiche Ausscheiden funktional wesentlicher Betriebsgrundlagen (Anteilsveräußerung an D und G) unter Aufdeckung der sich darin befindlichen stillen Reserven ist für die Anwendung des § 6 Abs. 3 EStG nur unschädlich, wenn dies zeitlich vor Übertragung des verbliebenen, dann verkleinerten Mitunternehmeranteils an der GbR erfolgte. Andernfalls ist der Aufgabetatbestand nach § 16 Abs. 3 EStG erfüllt. ■■



Bestimmung der Grundbesitzwerte für kurz nach dem Erbanfall veräußerte LuF-Flächen

Weist ein Steuerpflichtiger nach, dass der gemeine Wert von land- und forstwirtschaftlichen Flächen, die kurze Zeit nach dem Erbanfall veräußert wurden, wesentlich niedriger ist als ein nach § 166 BewG ermittelte Liquidationswert, kann der gemeine Wert nach § 9 Abs. 2 BewG als Grundbesitzwert für erbschaftsteuerliche Zwecke angesetzt werden.

Allerdings entfaltet das sogenannte Übermaßverbot nur seine Wirkung, wenn das Ergebnis einer schematisierenden Bewertung extrem über das normale Maß hinausgeht. Erforderlich ist demnach der Nachweis eines gemeinen Wertes, der den bewertungsrechtlich festgestellten Grundstückswert sehr deutlich unterschreitet. Das hat das FG Mecklenburg-Vorpommern entschieden (Urteil vom 11.11.2020, 3 K 369/17).

Dem Urteil lag folgender Sachverhalt zugrunde: Eine im Jahr 2015 verstorbene Frau (= Erblasserin) war Eigentümerin mehrerer Grundstücke, die zum Teil bebaut waren und zum Teil als Ackerland genutzt wurden. Der spätere Kläger war Alleinerbe der Erblasserin und veräußerte sämtliche Grundstücke im Jahr 2016 für 292.000 €.

Das örtliche Finanzamt wurde aufgefordert, für Zwecke der Erbschaftsteuer die Grundbesitzwerte zum Todestag der Erblasserin festzustellen. Das Finanzamt ermittelte einen Grundbesitzwert in Höhe von rund 96.000 € für die vom Erben veräußerten Flächen, die keinem landwirtschaftlichen Zweck dienen.

Für die ebenfalls vom Alleinerben verkauften wesentlich größeren, landwirtschaftlich genutzten Flächen stellte das Finanzamt einen Grundbesitzwert in Höhe von rund 240.000 € fest. Zum Ansatz kam hier der Liquidationswert, da die landwirtschaftlichen Flächen innerhalb eines Zeitraums von 15 Jahren nach dem Bewertungsstichtag (= Todestag der Erblasserin) veräußert wurden. Zur Feststellung des Liquidationswerts zog

das Finanzamt die zuletzt vor dem Bewertungsstichtag ermittelten Bodenrichtwerte heran. Von dem darüber ermittelten Wert nahm es einen Abschlag von 10 % für Liquidationskosten vor.

Der Erbe legte Einspruch gegen die Bewertung der landwirtschaftlichen Flächen durch das Finanzamt ein, da er davon ausging, der auf die Flächen entfallende (niedrigere) Verkaufspreis sei maßgeblich für die Höhe des Grundbesitzwerts. Denn bei den Flächen handelte es sich seiner Meinung nach zwar um landwirtschaftliches Vermögen, aber nicht um einen landwirtschaftlichen Betrieb. Daher sei nach § 164 Abs. 2 BewG die Mindestbewertung durchzuführen. Und der Mindestwert könne nicht über dem Verkaufspreis der Flächen liegen.

Mangels Einigung kam es zur Klage vor dem FG Mecklenburg-Vorpommern. Nach Prüfung des Sachverhalts erklärte das Gericht die Klage für unbegründet.

Das Gericht stellte unter anderem fest: Die wirtschaftliche Einheit des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens ist der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft. Wird ein solcher Betrieb innerhalb von 15 Jahren nach dem Bewertungsstichtag veräußert (und der Veräußerungserlös nicht wieder in einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb investiert), erfolgt die Bewertung der wirtschaftlichen Einheit mit dem Liquidationswert. Dieser wurde vom Finanzamt in zutreffender Höhe ermittelt.

Der Kläger hat zwar einen niedrigeren gemeinen Wert (= Verkaufspreis) nachgewiesen. Der festgestellte Bodenwert übersteigt diesen Wert aber um nicht mehr als 21,7 % und damit nicht wesentlich. Das Übermaßverbot entfaltet daher keine Wirkung. Der BFH hatte in der Vergangenheit eine Bewertungsdifferenz von 10 % als noch hinnehmbar qualifiziert. Nicht mehr hinnehmbar ist nach Meinung des BFH allerdings eine Bewertungsdifferenz von 40 %. ■■

*Liquidationswert
versus
gemeiner Wert*

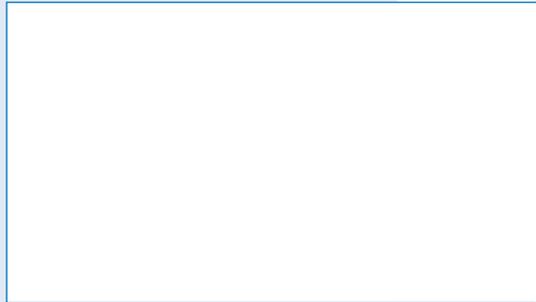
*Übermaßverbot
zu beachten*

*Alleinerbe verkauft
sämtliche Flächen
kurz nach Erbanfall*

*Finanzamt zieht
Liquidationswert
heran*

Erbrecht in der Landwirtschaft

Leitfaden für die Praxis



von Prof. Dr. Dr. Herbert Grziwotz

HLBS Verlag / 1. Auflage 2020 / 252 Seiten
 ISBN 978-3-89187-084-6 / 36,00 € (zzgl. Versandkosten)

Fax 030/200 89 67-59

Buchshop: www.hlbs.de unter *Medien & Bücher*
 Hiermit bestelle ich:

Expl. Erbrecht in der Landwirtschaft

Bestellschein

Der Inhalt der Steuer- und Wirtschaftsnachrichten ist nach genauen Recherchen sorgfältig verfasst, eine Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit ist jedoch ausgeschlossen.

Herausgeber: Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e.V. (HLBS)
 Redaktion: Dipl.-Kfm. M. Clauß; Ass. jur. A. Lentz; Dipl.-Vw. A. Mertens; A. Kwiatkowska
 Verlag: HLBS Verlag GmbH · Engeldamm 70 · 10179 Berlin · E-Mail: verlag@hlbs.de · Internet: www.hlbs.de
 Layout/Satz: Satzkasten · Stuttgart
 Druck: Ludwig Austermeier Offsetdruck OHG · Berlin

Die Steuer- und Wirtschaftsnachrichten erscheinen zweimonatlich (Februar, April, Juni, August, Oktober, Dezember). Der Abonnement-Preis für ein Jahr beträgt bei Vorauszahlung inkl. Umsatzsteuer 23,40 EUR zzgl. Versandkosten. Für Neuzugänge innerhalb des laufenden Kalenderjahres erfolgt die Berechnung anteilig. Die Kündigung eines Abonnements ist mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende eines Kalenderjahres möglich.